

Mittwoch, 07. Februar 2024

Studenten wollen via Kantonsparlamente Druck auf den Bundesrat machen – so auch in Basel

Der Bundesrat soll möglichst schnell dafür sorgen, dass Schweizer Studierende wieder am europäischen Austauschprogramm Erasmus teilnehmen können. Bereits als es um Horizon ging, machten die beiden Basel mit Standesinitiativen Druck.



Fina Girard sitzt seit gut einem Jahr im Basler Parlament

©Bild: Michael Fritschi

Vor genau zehn Jahren hat die Schweizer Bevölkerung die Masseneinwanderungsinitiative angenommen. Und noch immer versuchen die Schweiz und die Europäische

Union (EU) ihr Verhältnis zu klären. Als Folge legte die EU die Verhandlungen über eine Vollassoziierung an den Forschungs- und Bildungsprogrammen Horizon und Erasmus auf Eis.

Mittlerweile stehen die Zeichen wieder auf Annäherung. Nachdem der Bundesrat zum Jahresende 2023 ein Verhandlungsmandat mit der Europäischen Union beschlossen hat, mehren sich die Anzeichen, dass die Schweiz bald wieder in die europäischen Bildungsstrukturen aufgenommen werden könnte. Während bei Horizon die Finanzierung durch den Bund gesichert ist, fehlt diese beim Studentenaustauschprogramm Erasmus.

Möglichst viele Standesinitiativen, damit es vorwärtsght

Nun wollen die Studenten Druck auf den Bundesrat machen. Der Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS) koordiniert eine entsprechende Aktion. Das Ziel: Möglichst viele Kantonsregierungen sollen sich beim Bundesrat dafür stark machen, dass dieser dem Parlament eine Botschaft zur Finanzierung von Erasmus vorlegt.

«Es geht darum, dass innenpolitisch die Weichen gestellt werden», sagt Fina Girard, die für das Junge Grüne Bündnis im Basler Grossen Rat sitzt. Gerade für den Universitätsstandort Basel sei die grenzüberschreitende Kontakt- und Beziehungspflege zu europaweiten Universitäten zentral für die Bildungs- und Forschungsqualität.

Passieren soll dies mit dem Instrument der Standesinitiative. Damit kann ein Kanton auf Bundesebene einen politischen Vorstoss einreichen. Deshalb sollen nun in mehr als 20 Kantonsparlamenten entsprechende Anträge für eine Standesinitiative eingereicht werden. Bereits als es um Horizon ging, machten die beiden Basel mit Standesinitiativen Druck auf den Bundesrat.

Bisher waren Vorstösse mässig erfolgreich

Im Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt macht dies Fina Girard, im Landrat Dominique Zbinden. Beide Politikerinnen gehören zum Jungen Grünen Bündnis und sind erst im vergangenen Jahr in die Kantonsparlamente nachgerückt. Trotzdem ist der Rückhalt für ihre Forderung gross: Girard hat für ihren Antrag rund 20 Stimmen aus allen Fraktionen gesammelt.

Bei den Regierungen beider Basel dürfte der Vorstoss auf offene Ohren stossen. Bereits mehrfach sind die Vertreter aus der Region beim Bund vorstellig geworden. 2020 sprachen sich Basel-Stadt, Baselland, Aargau, Jura, Zürich und Bern in einem gemeinsamen Brief an den Bundesrat für die Vollassoziierung aus – bisher mit mässigem Erfolg.

«Zum ersten Mal seit zehn Jahren gibt es aktuell positive Zeichen», sagt Nadège Widmer von der Studierendenschaft. «Umso wichtiger wäre es, dass der Bundesrat und das Parlament nun mit der Finanzierung von Erasmus vorwärtsmachen.» Die entsprechende Botschaft des Bundesrates werde in den kommenden Monaten erwartet. Widmer: «Nun geht es um ein deutliches Zeichen der Kantone, dass Erasmus eine hohe Priorität hat.»